



Antwort zur Anfrage Nr. 1362/2014 der SPD-Stadtratsfraktion betreffend **Auswirkungen der Gema-Tarifreform (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wie hat sich die Erhöhung der Gema-Gebühren auf Veranstaltungen der Stadt Mainz ausgewirkt?

Folgende Erhöhungen hat die Reform der Tarifordnung der Gema nach sich gezogen:

Mainzer Johannisnacht	2013		8.494,12 €
	2014		34.602,94 €
Summer in the City (Mainzplus Citymarketing GmbH)	2013		ca. 75.000 €
	2014		ca. 120.000 €
Open Ohr Festival	2013		3.573,74 €
	2014		15.319,90 €
Mainz lebt auf seinen Plätzen	2013	pro Tag	73,80 €
	2014	pro Tag	90,20 €
Verkaufsoffener Sonntag	2013		354,21 €
	2014		428,06 €
Familienjazzpicknick	2013		122 €
	2014		78,24 €
Klepperwettbewerb	2013		113 €
	2014		83,39 €
Grill ´em All	2013		160 €
	2014		62,06 €

Die Gema-Kosten in den Jugendzentren haben sich deutlich verringert.

Im Bereich Jugendveranstaltungen ohne oder nur mit geringem Eintritt haben sich die Gema-Kosten reduziert.

Ergänzungen:

Die nach wie vor geringe Gebühr bei „Mainz lebt auf seinen Plätzen“ resultiert aus einer Einzelentscheidung der Gema Bezirksdirektion Wiesbaden, die nur die Zuschauerfläche berechnet und nicht, wie üblicherweise, die Gesamtfläche des Platzes, da die Veranstaltungsreihe „Mainz lebt auf seinen Plätzen“ sonst dort nicht hätte stattfinden können.

Aktuelle 2014er Zahlen des Weinmarktes und des Weihnachtsmarktes liegen zur Zeit nicht vor.

2. Welche Rückmeldungen liegen von Vereinen und weiteren Veranstaltern, insbesondere aus dem Bereich des bürgerlichen Engagements, dazu vor bzw. welche Auswirkungen zeichnen sich ab?

Nach Rücksprache mit dem 51 – Amt für Jugend und Familie und dem 80 – Amt für Wirtschaft und Liegenschaften liegen der Verwaltung zur Zeit keine Rückmeldungen (außer Mainzplus Citymarketing) vor.

Die Auswirkungen dürften aber, die prozentuale Erhöhung analog der städtischen Veranstaltungen vorausgesetzt, erheblich sein.

3. Sieht die Stadt eine Möglichkeit, auf diese Gefährdung des bürgerschaftlichen Engagements zu reagieren?

Der rechtliche Weg scheint nach einem höchstrichterlichen Urteil des Bundesgerichtshofes aussichtslos.

Da alle öffentlichen Veranstaltungen in Deutschland von der Tarifreform betroffen sind, bemüht sich die Stadt Mainz über den Deutschen Städtetag eine politische Lösung dieser Problematik zu erreichen.

Mainz, 01.10.2014

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister